

Russland ergeht sich in Opferphantasien

Die Ansicht, der Westen habe Russland in die Enge getrieben und trage eine Mitschuld an der Krim-Besetzung, ist falsch. Europa und die USA haben das Menschenmögliche getan, um Russland zu einem stabilen Staat zu machen. Von Stephan Bierling

Der Westen hat Putin durch seine Missachtung russischer Interessen dazu getrieben, die Krim zu annektieren. Moskau blieb keine andere Wahl als Gewalt, um der Machtausweitung Europas und der USA in der Ukraine Paroli zu bieten. Russland macht 2014 auf der Krim nichts anderes als die Nato in den Balkankriegen der 1990er Jahre. So argumentieren die Verteidiger der russischen Invasion der Krim. In ihren Augen hat der Westen Russland als Partner verloren, weil er dessen berechnete aussenpolitische Anliegen seit dem Zerfall der Sowjetunion systematisch übergang. Der Westen sei selber schuld, dass es ihm Putin nun mit gleicher Münze heimzahle. Das Gegenteil ist der Fall: Europa und die USA haben sich in den vergangenen 25 Jahren über alle Massen bemüht, die zerfallende Sowjetunion und ihren Rechtsnachfolger Russland wirtschaftlich und politisch zu stabilisieren und international einzubinden.

Russland wurde gehätschelt

In den 1990er Jahren stellten Deutschland, der Internationale Währungsfonds, die EU und die USA mehr als 50 Milliarden Dollar bereit, um dem Land den Staatsbankrott zu ersparen, die Wirtschaftsreformen sozial abzufedern und die Reformen in Moskau zu stützen. Viele der Kredite wurden zu extrem niedrigen Zinssätzen vergeben oder später erlassen. Ohne die massive Finanzhilfe des Westens wäre Russland kollabiert und die Versorgung der Bevölkerung zusammengebrochen. Darüber hinaus bezahlten die Regierungen und private Stifter in Europa und in den USA Aus- und Fortbildungsprogramme, vergaben Stipendien und wirkten beim Aufbau einer Zivilgesellschaft mit.

Gleichzeitig half der Westen unter Führung der USA Russland dabei, seine sicherheitspolitische Rolle zu bewahren. Nach dem Zerfall der Sowjetunion waren neben Russland drei weitere Atommächte entstanden: Weissrussland, Kasachstan und die Ukraine. Der Westen drängte sie, ihre Atomwaffen an Russland abzugeben, finanzierte die Überführung und gab Sicherheitsgarantien. Die Ukraine dürfte diesen Schritt heute bedauern: Hätte sie ihre Atomwaffen noch, wäre der eiskalte Rechner Putin wohl nicht auf der Krim eingefallen. Parallel bot die Nato Russland Sonderbeziehungen an, die sich 1995 im «Nato-Russland-Rat» manifestierten und dauerhafte Konsultationen sicherstellten. Das von russischer Seite immer wieder vorgebrachte Argument, Bundeskanzler Kohl und der amerikanische Aussenminister Baker hätten Gorbatschew während der Verhandlungen zur Wiedervereinigung versprochen, die Nato nie nach Osten auszudehnen, ist Humbug. Es gibt dafür keinen überzeugenden Beleg. Wie hätten demokratische Staatsmänner auch versprechen können, die freie Bündniswahl ehemaliger sowjetischer Satelliten

wie Polen oder Ungarn zu missachten? Das war der Stil der Sowjetunion, nicht der des Westens.

Politisch schliesslich hat der Westen viel unternommen, um Russland auf der internationalen Bühne willkommen zu heissen. Noch unter Jelzin wurde Russland in IMF und Weltbank aufgenommen, später sogar in die G-7, die Gruppe der wichtigsten demokratischen Industriestaaten der Erde, und 2012 in die Welthandelsorganisation. Während der Balkankriege machten Europa und die USA Russland trotz dessen Obstruktionspolitik zum Mitglied der Kontaktgruppe, die die entscheidenden Fragen der Zukunft Bosniens und Kosovos regelte. Dazu kam eine Unzahl bilateraler Verträge und Abkommen, die Russland eine strategische Partnerschaft in Aussicht stellten und die Beziehungen auf den Kultur- und Sozialbereich ausdehnten. Die Bundesrepublik bot Russland 2005 sogar eine «Modernisierungspartnerschaft» an.

Auch der Vorwurf, der Westen sei mit Russland nicht pfleglich umgegangen, ist ohne Substanz. Es gibt keine Äusserung eines führenden Staatsmanns in Europa oder in den USA, die Russland herabgewürdigt hätte. Vielmehr stützten vor allem Kohl, Bush und Clinton in den 1990er Jahren den angeschlagenen Gorbatschew und standen später dem zunehmend erratischen Jelzin treu zur Seite. George W. Bush lobte Putin nach ihrem ersten Treffen 2001, er habe ihm in die Augen geschaut und erkannt, dass der russische Präsident geradeheraus und vertrauenswürdig sei. Schröder hofierte und hofiert Putin bis zur Selbstverleugnung, zusammen mit Chirac schmiedete er sogar eine Allianz mit ihm gegen den amerikanischen Irakkrieg. Merkel und Obama sahen in Medwedew 2008 den unabhängigen Reformen, nicht die Marionette Putins, noch 2009 verkündeten die USA einen Neustart in den Beziehungen zu Moskau.

Es war nicht eine westliche Konfrontationspolitik, die Russland zur Rückkehr zu Grossmachtallüren veranlasste. Nicht der Westen hat Russland verloren, sondern Russland hat den Weg Richtung Zivilisierung der internationalen Politik und friedlichen Interessenausgleich aufgegeben.

Der Westen ist kein Psychotherapeut

Der Westen steht vor einer bitteren Erkenntnis: Alle Kooperationssignale, alle Beschwichtigungen selbst flagranter Völkerrechtsverstösse wie der Besetzung georgischen Staatsgebiets und selbst wirtschaftliche Verflechtung konnten die innenpolitische Dynamik nicht beeinflussen. Putin hat Russland in einen profaschistoiden Staat verwandelt mit Führerkult, Gleichschaltung der Massenmedien, Aushebelung des Föderalismus und der Opposition, staatlicher Kontrolle der Öl- und Gassourcen, nationalistischer Ideologie und einer expansiven Territorialpolitik, die Putin ähnlich

legitimiert wie Milosevic 1991 und Hitler 1939.

Anstatt Fehler im Umgang mit Russland zu suchen und in Selbstanklagen zu verfallen, sollte der Westen eine entschlossene Antwort auf die russische Übernahme der Krim und die Verletzung der Souveränität der Ukraine finden. Der Westen kann nicht länger als Psychotherapeut eines sich in Opferphantasien ergehenden Russland auftreten. Die vergangenen Jahre haben gelehrt, dass Putin allein die Sprache der Machtpolitik versteht. Nur so wird ihm klar, dass er in der Ukraine zwar einen taktischen Erfolg erzielt, aber einen gravierenden strategischen Fehler begangen hat, der die Isolation und den Niedergang Russlands beschleunigt.

.....
Stephan Bierling ist Professor an der Universität Regensburg, wo er Internationale Politik lehrt.